

→ Fu → 20

Einander verstehen



– Miteinander leben

**ISR Stadt + Raum
Memeler Straße 30**

42781 Haan



Hilden, den 14. Mai 2009

**Projekt 06/45 (Friedenskirche)
Projekt 07/41 (Reichshof Areal)**

- Ihre Schreiben vom 27.03.2009

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte mich bei Ihnen in aller Form entschuldigen, weil wir Ihnen als Behindertenbeirat der Stadt Hilden erst heute unsere Stellungnahmen zu den Projekten 06/45 (Friedenskirche) und 07/41 (Reichshof Areal) zukommen lassen.

Bei dem Eingang Ihrer Unterlagen habe ich wohl das Datum für die Abgabe der Stellungnahme falsch gelesen und versehentlich auf Ende Mai verlegt. Und damit dann auch die Unterlagen für die Wiedervorlage falsch eingeordnet.

Ich hoffe aber, dass die Stellungnahmen trotzdem noch so rechtzeitig bei Ihnen eingetroffen sind, dass diese bei den geplanten Projekten Berücksichtigung finden werden.

Mit freundlichen Grüßen

Klaus Dupke
Vorsitzender des Behindertenbeirates
der Stadt Hilden

Seite 1 von 1

Postanschrift: Behindertenbeirat der Stadt Hilden, c/o Klaus Dupke, Topsweg 30 in 40723 Hilden
Email: behindertenbeirat@hilden.de

Vorsitzender:
Klaus Dupke
Tel.: 0 21 03 / 5 15 09
Email: familiidupke@arcor.de

stellv. Vorsitzender:
Hermann Nagel
Tel.: 0 21 03 / 4 27 73
Email: herman-nagel@ish.de

Schriftführerin:
Hiltrud Stegmaier
Tel. und Fax: 0 21 03 / 4 27 75

Kassiererin:
Renate Laimann
Tel.: 0 21 03 / 5 58 17
Email: renate@laimann.de

Bankverbindung : Sparkasse Hilden · Ratingen · Velbert Konto-Nr. : 34 301 713 - BLZ: 344 500 00



ISR Stadt + Raum
Memeler Straße 30

Hilden, den 14. Mai 2009

42781 Haan

Projekt 07/41

Frühzeitige Beteiligung der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange bei der Aufstellung von Bauleitplänen gem. § 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB);

Hier: Vorhaben bezogener Bebauungsplan Nr. 73A, 6. Änderung (VEP Nr. 13), und 48. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich Berliner Straße / Hochdahler Straße / Mittelstraße (Reichshof Areal)

- Ihr Schreiben vom 27.03.2009

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Behindertenbeirat der Stadt Hilden nimmt zu dem oben genannten Vorhaben bezogenen Bebauungsplan Nr. 73A, 6. Änderung und 48. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich Berliner Straße / Hochdahler Straße / Mittelstraße (Reichshof Areal) wie folgt Stellung:

Der Rat der Stadt Hilden hat mit der Satzung über die Wahrung der Belange behinderter Menschen in Hilden vom 27. September 2006 zum Ausdruck gebracht, die Belange behinderter Menschen in Hilden gemäß § 13 des Behindertengleichstellungsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (BGG NRW) sicherzustellen und sich an der Entwicklung der Stadt Hilden zu einer barrierefreien und behindertenfreundlichen Stadt zu beteiligen. In seiner Sitzung am 12.12.2007 hat der Rat dem Entwurf einer Zielvereinbarung zwischen dem Behindertenbeirat und der Stadt Hilden zugestimmt, die dann am 01.01.2008 in Kraft getreten ist.

Seite 1 von 2

Postanschrift: Behindertenbeirat der Stadt Hilden, c/o Klaus Dupke, Topsweg 30 in 40723 Hilden
Email: behindertenbeirat@hilden.de

Vorsitzender:
Klaus Dupke
Tel.: 0 21 03 / 5 15 09
Email: familiedupke@arcor.de

stellv. Vorsitzender:
Hermann Nagel
Tel.: 0 21 03 / 4 27 73
Email: herman-nagel@ish.de

Schriftführerin:
Hiltrud Stegmaier
Tel. und Fax: 0 21 03 / 4 27 75

Kassiererin:
Renate Laimann
Tel.: 0 21 03 / 5 58 17
Email: renate@laimann.de

Mit dieser Zielvereinbarung verpflichtet sich die Stadt Hilden von der vorgenannten Satzung ausgehend, behinderten Menschen in Hilden die Nutzung eigener Gebäude und Verkehrsflächen barrierefrei zu ermöglichen. Die Ziele und Maßnahmen zur Umsetzung der Barrierefreiheit in Hilden und die Gestaltung zu einer behindertenfreundlichen Stadt sind in einer Anlage zu der Zielvereinbarung in Einzelnen dargestellt. Beide Unterlagen sind zu Ihrer Information diesem Schreiben beigelegt.

Der Behindertenbeirat und die Stadt Hilden haben sich auch darauf verständigt, die Zielvereinbarung und deren Inhalte privaten Bauherren bekannt zu machen und diese darum zu bitten, die dort aufgeführten Mindeststandards bei deren Bauvorhaben zu berücksichtigen.

Unabhängig von den Inhalten dieser Zielvereinbarung gehen wir davon aus, dass Sie bei Ihrem Bauvorhaben in allen neuen und möglichst auch in den bestehenden Gebäuden des betreffenden Geländes (Geschäften, Veranstaltungsräumen, Büros, Wohnungen und sonstige Räumlichkeiten), aber auch bei den Verkehrs- und Zufahrtswegen, die jeweils gültigen DIN-Norm einhalten werden, im Besonderen die BauO NRW über Barrierefreiheit. Hierzu einige Beispiele, die aus unserer Sicht unbedingt berücksichtigt werden sollten:

- Barrierefreie Zugänge zu allen Gebäudeteilen, z.B. Türöffnen durch Lichtschranken oder über Taster.
- Einrichtungen und Informationen zur selbständigen Erreichbarkeit aller Gebäude, z.B. durch Leiteinrichtungen und entsprechender Beschilderung.
- Behindertengerechte Erreichbarkeit aller Gebäude und Räume. Außenwege zu den einzelnen Gebäudeeingängen sollten so angelegt werden, dass eine ausreichende Breite (mind. 150 cm) vorhanden und ebenso eine barrierefreie Nutzung durch Rollstühle, Müttern mit Kinderwagen sowie Geh-/Sehbehinderte bei ausreichender Beleuchtung in den dunklen Stunden möglich ist. Dieser Hinweis gilt besonders für die Auswahl des Bodenbelages (Pflaster, Platten) und deren Verlegung; keine großen Fugen!
- Barrierefreie Wohnungen mit entsprechend breiten Türen, Fenstern (Griffe), Fluren, Badezimmern und evtl. Vorrichtungen für Lifte vom Bett zum Bad.
- Aufzüge (behindertengerechte Größe) zur Erreichbarkeit aller Etagen und Räume.
- Aufzuginformationen (taktil/visuell/akustisch).
- Kontrastreiche Handlaufinformationen an den Treppen (taktil/visuell) und jeweilige kontrastreiche Kennzeichnung der ersten und letzten Stufe.
- Ausreichende Anzahl von barrierefreien Toiletten.
- Ausreichende Anzahl von Behindertenparkplätzen in der Tiefgarage mit entsprechender Breite für den selbständigen Ein- und Ausstieg von Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrern. Diese Plätze sollten in Nähe von den Aufzügen angelegt und gut beleuchtet sein. .

Hinweis: Überlegungen anstellen und Maßnahmen festlegen, wie dem Missbrauch dieser Parkplätze durch Nichtberechtigte wirkungsvoll begegnet werden kann.

Mit freundlichen Grüßen



Klaus Dupke

Vorsitzender des Behindertenbeirates
der Stadt Hilden

Zielvereinbarung

zwischen

**dem Behindertenbeirat der Stadt Hilden
Gerresheimer Str. 20 b, 40721 Hilden
vertreten durch den Vorsitzenden Herrn Klaus Dupke
-nachstehend Beirat genannt-**

und

**der Stadt Hilden, Am Rathaus 1, 40721 Hilden
vertreten durch den Bürgermeister Herrn Günter Scheib
-nachstehend Stadt Hilden genannt-**

Präambel

Der Rat der Stadt Hilden hat mit der Satzung über die Wahrung der Belange behinderter Menschen in Hilden vom 27. September 2006 zum Ausdruck gebracht, die Belange behinderter Menschen in Hilden gemäß § 13 des Behindertengleichstellungsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (BGG NRW) sicherzustellen und sich an der Entwicklung der Stadt Hilden zu einer barrierefreien und behindertenfreundlichen Stadt zu beteiligen.

Mit der Satzung hat der Rat den Beirat in die Pflicht genommen, sich an dieser Aufgabe zu beteiligen. Der Beirat ist Ansprechpartner für die Belange der Menschen mit Behinderung in der Stadt Hilden.

Er ist berechtigt, mit der Stadt auf der Grundlage des § 5 BGG NRW zur Herstellung der Barrierefreiheit Zielvereinbarungen abzuschließen.

In Erfüllung dieses Auftrages wird im beiderseitigen Willen im Interesse der Menschen in Hilden diese Vereinbarung geschlossen.

§ 1 Geltungsbereich

- (1) Die Stadt Hilden verpflichtet sich im Sinne des § 4 BGG NRW, behinderten Menschen in Hilden die Nutzung eigener Gebäude und Verkehrsflächen barrierefrei zu ermöglichen, im Verwaltungshandeln die Belange behinderter Menschen im Sinne der gesetzlichen Vorgaben zu berücksichtigen und zu fördern.
- (2) Die Ziele und Maßnahmen zur Umsetzung der Herstellung der Barrierefreiheit in Hilden und Gestaltung zu einer behindertenfreundlichen Stadt sind in der Anlage zu dieser Vereinbarung zusammengefasst dargestellt.

§ 2

Erfüllungszeit

Die Stadt Hilden verpflichtet sich, die aus der Anlage sich ergebenden Verpflichtungen innerhalb der dort geregelten Fristen unter Beachtung haushaltsrechtlicher Erfordernisse zu erfüllen. Bei Nichteinhaltung der Erfüllungszeit oder rechtlichen Hindernissen verpflichten sich die Vertragsparteien zu entsprechenden Nachverhandlungen.

§ 3

Zusammenarbeit und Kooperation

- (1) Die Vertragsparteien verpflichten sich zu einer engen Kooperation und Zusammenarbeit bei der Erfüllung dieser Zielvereinbarung.
- (2) Die Stadt Hilden informiert den Beirat regelmäßig jährlich über den Stand der Umsetzung und gibt ihm die Gelegenheit, sich über die Fortschritte zu informieren.
- (3) Die Stadt Hilden verpflichtet sich, den Beirat bei anstehenden Baumaßnahmen rechtzeitig zu informieren.
- (4) Der Beirat verpflichtet sich, eine gegebenenfalls gewünschte Stellungnahme zeitgerecht abzugeben.
- (5) Der Beirat ist berechtigt, sich während einer Baumaßnahme über den Baufortschritt zu informieren. Die Stadt verpflichtet sich, die Fertigstellung dem Beirat anzuzeigen. Der Beirat hat die vertragsgemäße Erfüllung zu bestätigen.

§ 4

Nichterfüllung

- (1) Erfüllt die Stadt Hilden nicht die Verpflichtungen aus den in der Anlage aufgelisteten Aufgaben, kann der Beirat von der Stadt Hilden Nachbesserung verlangen. Kann die Stadt Hilden die Nachbesserung nicht innerhalb der vertraglich vereinbarten Erfüllungszeit erfüllen, verpflichten sich die Vertragsparteien, über entsprechende Änderungen der Zielvereinbarung zu verhandeln.
- (2) Wird die Einhaltung der Verpflichtungen unmöglich, verpflichtet sich die Stadt Hilden, den Beirat hiervon unverzüglich und umfassend in Kenntnis zu setzen. Der Beirat kann von der Stadt Hilden verlangen, Verhandlungen über eine Änderung dieser Vereinbarung zu führen. Dabei ist einvernehmlich eine Regelung zu finden, die der Verpflichtung am nächsten kommt.

§ 5 Inkrafttreten und Kündigung

- (1) Die Zielvereinbarung tritt am 1.1.2008 in Kraft.
- (2) Die Zielvereinbarung kann von jeder Vertragspartei aus wichtigem Grund mit einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende gekündigt werden.
- (3) Die Kündigung bedarf der Schriftform.

§ 6 Schlussbestimmungen

- (1) Änderungen und Ergänzungen dieser Zielvereinbarung bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform.
- (2) Sollte eine Bestimmung dieser Zielvereinbarung unwirksam sein oder werden, so bleibt die Zielvereinbarung im Übrigen wirksam und die Vertragsparteien verpflichten sich, eine neue Regelung zu treffen, die dem Zweck der unwirksamen Regelung in zulässiger Weise am nächsten kommt.

Hilden, den 28. Januar 2008

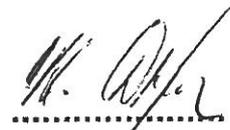
Für die Stadt Hilden:

Für den Beirat:

.....
Günther Scheib
Bürgermeister

.....
Reinhard Gatzke
Beigeordneter



.....
Klaus Dupke
Vorsitzender



.....
Hermann Nagel
stellv. Vorsitzender

Anlage zur Zielvereinbarung zwischen dem Behindertenbeirat und der Stadt Hilden zur Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderungen in der Stadt Hilden vom

Stand: 25.10.2007

Bereich	Gegenstand	Behinderung	Fachbereich	Frist
1. Öffentliche Gebäude	<p>Die Stadt Hilden verpflichtet sich, eigene Gebäude so zu errichten, dass deren Zugänglichkeit und Nutzung barrierefrei möglich ist.</p> <p>Dabei werden folgende Mindeststandards nach jeweils geltender DIN vereinbart:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ stufenloser Gebäudehaupteingang, der selbständig nutzbar ist ➤ Informationen zur selbständigen Erreichbarkeit aller Räume ➤ behindertengerechte Erreichbarkeit aller Räume ➤ Aufzug zur Erreichbarkeit aller Räume ➤ Aufzuginformationen (taktill/visuell/akustisch) ➤ kontrastreiche Handlaufinformationen an Treppen (taktill/visuell) und jeweilige kontrastreiche Kennzeichnung der ersten und letzten Stufe ➤ Flure in Gebäuden mit ausreichenden Breiten versehen, von Hindernissen freihalten ➤ ausreichende Anzahl barrierefreier Toiletten ➤ behindertengerechte Einrichtungen werden gewartet, gepflegt und Instand gehalten 	Mobilitätsbehinderung Sinnesbehinderung	Amt für Gebäudewirtschaft	sofort

5. Verkehr	<p>Die Stadt Hilden verpflichtet sich neue öffentliche Straßen und Wege so zu bauen, dass deren Nutzung den Belangen von Menschen mit Behinderungen entspricht. Dabei werden folgende Mindeststandards nach jeweils geltender DIN vereinbart:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Bürgersteige/Gehwege sind in ausreichender Breite (1,30 m), geringer seitlicher Neigung und barrierefrei herzustellen; ➤ an Überquerungsstellen inkl. Verkehrsinseln sind abgesenkte Bordsteine abzusenken und taktile Leiteinrichtungen einzubauen; ➤ an stadteigenen Leiteinrichtungen vorzusehen; taktile/akustische Leiteinrichtungen vorzusehen; ➤ Behindertenparkplätze sind in ausreichender Anzahl nach gemeinsamer Festlegung herzustellen, zu kennzeichnen und gegen unberechtigtes Benutzen im Rahmen der üblichen Verkehrsüberwachung regelmäßig zu kontrollieren. 	Mobilitätsbehinderung Sinnesbehinderung	Tiefbau- und Grünflächenamt Ordnungsamt	sofort
6. Verkehr	<p>Die Stadt Hilden verpflichtet sich, bei grundhaften Erneuerungen öffentlicher städtischer Straßen und Wege eine Barrierefreiheit herzustellen, soweit dies die örtlichen Randbedingungen und die technischen Möglichkeiten/Erfordernisse (z.B. beschränkter Querschnitt) zulassen. Die unter Ziffer 5 genannten Mindeststandards gelten entsprechend.</p>	Mobilitätsbehinderung Sinnesbehinderung	Tiefbau- und Grünflächenamt	sofort

7. Verkehr	Die Stadt verpflichtet sich, bei anderen Straßenbaulastträgern darauf hin zu wirken, dass die unter Ziffer 5 genannten Mindeststandards eingehalten bzw. geschaffen werden.	Mobilitätsbehinderung Sinnesbehinderung	Tiefbau- und Grünflächen- amt	sofort
8. Verkehr	<p>Die Stadt Hilden verpflichtet sich, neu zu errichtende Bushaltestellen in Hilden so herzustellen, dass deren Nutzen den Belangen behinderter Menschen in Hilden entspricht. Dabei gelten folgende Mindeststandards als vereinbart:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ an Einstiegshaltestellen sind Wartehäuschen mit ausreichendem Regenschutz und Beleuchtung zu errichten, soweit dies die örtlichen Randbedingungen zulassen; ➤ Sitzmöglichkeit an Einstiegshaltestellen innerhalb der Wartehäuschen sind vorzusehen, soweit die örtlichen Randbedingungen (z.B. beschränkter Fläche) dies zulassen; ➤ hohe Bordsteine (Niederflurbusse); ➤ taktile Leiteinrichtungen einbauen. <p>Die Stadt verpflichtet sich bei dem Linienbetreiber darauf hin zu wirken, dass Fahrpläne mit Großbuchstaben übersichtlich und beleuchtet in einer Höhe von 100 cm anzubringen sind.</p>	Mobilitätsbehinderung Sinnesbehinderung	Tiefbau- und Grünflächen- amt	sofort
9. Verkehr	Die Stadt Hilden verpflichtet sich, die Bushaltestellen aller durch Hilden führenden Linien im Hinblick auf Barrierefreiheit zu untersuchen und ein Konzept zur Schaffung der Mindeststandards nach Ziffer 8 zu erstellen. Das Konzept soll auch beinhalten, ob in vertretbarer Entfernung (50 m) von Bushaltestellen behindertengerechte Querungsmöglichkeiten der Straße vorhanden sind oder geschaffen werden müssten. Über die Umsetzung des Konzeptes befindet der Rat der Stadt Hilden.	Mobilitätsbehinderung Sinnesbehinderung	Tiefbau- und Grünflächen- amt	30.6.2009

10. Arbeit	Die Stadt Hilden setzt sich intensiv dafür ein, die gesetzliche Quote zur Beschäftigung von Menschen mit Behinderung von 5 % aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erreichen.	Mobilitätsbehinderung Sinnesbehinderung	Haupt- und Personalamt	sofort
11. Verwaltung	Die Stadt Hilden verpflichtet sich, ihren Internetauftritt entsprechend der Verordnung zur Schaffung barrierefreier Informationstechnik nach dem Behindertengleichstellungsgesetz zu gestalten.	Sinnesbehinderung	Haupt- und Personalamt	31.12.2008
12. Verwaltung	Die Stadt Hilden verpflichtet sich, bei der Neugestaltung von Schreiben und Vordrucken sowie bei Bescheiden und Dokumenten die Anforderungen an die Barrierefreiheit zu berücksichtigen. Die Umsetzung erforderlicher Änderungen an vorhandenen Vordrucken erfolgt zeitnah. Broschüren und andere Veröffentlichungen der Stadt werden barrierefrei gestaltet, sofern dies nach dem Inhalt und dem Adressatenkreis möglich ist.	Sehbehinderung	alle Fachbereiche	zeitnah